

Chemiker an der Heimatfront - Die I.G.Farben, die deutsche Chemie und der Nationalsozialismus

*Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will,
sollte auch vom Faschismus schweigen.*

Max Horkheimer (1939)¹

Chemiker der I.G.Farben rüsteten Hitler für den 2. Weltkrieg, sie konzipierten und leiteten I.G. Auschwitz. Wenn heute überhaupt, was selten genug vorkommt, Chemieprofessoren oder Vertreter der Chemischen Industrie das Verhältnis von Chemie und Nationalsozialismus öffentlich ansprechen, dann wird Fremdheit der Wissenschaftler Hitler gegenüber reklamiert. Die nationalsozialistische Periode sei ein lehrreiches Kapitel über die "Ambivalenz" naturwissenschaftlicher Tätigkeit und über die "Verstrickung" und "Gratwanderung" tragischer Figuren in der Zeit von 1933 bis 1945. Aber das Verhältnis der Chemiker zur kapitalistischen Produktionsweise und zum nationalen Staat wurde schon Mitte des 19. Jahrhunderts begründet. Der Weg der Chemie seitdem - in den Nationalsozialismus und darüber hinaus - war ein ebenso gefeierter wie honorierter Königsweg. Fast ohne Ausnahme befürworteten die Chemiker die Zwecke von Kapital und Staat. Fürs Geschäft und für die Ehre der Nation planten die I.G.Farben mit Leichen und gingen über Leichen. Und heute - beschäftigen sich Wissenschaftler des Freien Westens wieder oder immer noch damit, wie in wenigen Minuten mit noch zu perfektionierender Technik ein zum Feind erklärtes Volk, wie Millionen von Russen planmäßig und industriell gemordet werden können.

\
Der Königsweg der Chemie beginnt in der Mitte des 19. Jahrhunderts. Er hatte seinen Grund darin, daß die Resultate der Wissenschaft die vorhandenen Pro-

duktionsverfahren entscheidend veränderten. Dies eröffnete neue Produktionszweige und ermöglichte eine forcierte Akkumulation des Kapitals in der Chemischen Industrie. Die Chemische Industrie ihrerseits förderte die Chemie, wobei eine Grenze zwischen Grundlagenforschung und angewandter Forschung kaum zu ziehen war. Die aus dem Mehrwert bezahlten Chemiker kritisierten nicht die kapitalistische Ausbeutung, die Kapitalisten ließen den Chemikern in deren engerem Arbeitsbereich einen Freiraum. Mit der rapiden Entwicklung der organischen Chemie, mit der Entdeckung synthetischer Farbstoffe und Arzneimittel erlangte die deutsche Chemie eine führende Rolle, die deutschen Chemiekonzerne erlangten Weltgeltung - vor dem 1. Weltkrieg produzierten sie 86% des Weltbedarfs an Farbstoffen. Auch das Verhältnis der Chemiker zum Staat wurde in dieser Zeit begründet: Der Staat richtete privilegierte, weil von universitärer Lehre freigestellte Forschungsinstitute ein, die bezeichnenderweise Kaiser-Wilhelm-Institute hießen. Solcherart geförderte Chemiker erwiesen sich nicht als Staatsfeinde, sondern als untertänige Nationalisten. Auf ihre Weise dienten Direktoren jener Kaiser-Wilhelm-Institute dem Kaiser auf dessen Feldzügen - mit Sprengstoff und Giftgas. Die oft gebrauchte Formulierung vom für die damalige Zeit typischen deutschnationalen "Empfinden" verharmlost den gefährlichen Nationalismus dieser Chemiker, weil sie dessen Ursachen entweder in die individuelle Psyche oder in eine diffuse Zeitströmung verlegt. Dieser Nationalismus hat einen objektiven Grund: die Verbeamtung der Chemie. Während im 17. und 18. Jahrhundert Naturwissenschaftler entweder Privatiers oder abhängig von einem Mäzen waren, ist Ende des 19. Jahrhunderts die Finanzierung durch den Staat zur materiellen Voraussetzung chemischer Forschung geworden. Gerade in dieser Zeit entwickelt sich in den Köpfen der Chemiker ein massiver Nationalismus, der dann im 1. Weltkrieg mit chemischer Wucht praktisch wird - Chemie war damals eine recht angewandte Wissenschaft. Wird der Nationalismus als psycho-

logisches Problem, für das die Chemie nicht zuständig ist, abgewehrt, so offenbart sich darin nur, daß Chemieprofessoren sich hüten müssen, die entscheidende materielle Bedingung ihrer Tätigkeit zu kritisieren.

1909 entdeckte Fritz Haber, materiell gefördert durch die BASF, die Ammoniak-synthese aus Wasserstoff und Stickstoff. Einem Ingenieur der BASF, dem Chemie-nobelpreisträger von 1931 Carl Bosch, gelang 1913 die Umsetzung der Haberschen Erfindung in den technischen Maßstab. Anfangs begründete die BASF ihr "Projekt Stickstoff" damit, daß man von den natürlichen Nitraten, für die Chile ein Monopol besaß, unabhängig werden müsse, um Düngemittel in ausreichendem Maßstab produzieren zu können. Aber Salpeter war auch entscheidender Rohstoff für alle damals bekannten Sprengstoffe. Der kaiserliche Generalstab setzte 1914 auf schnelle Erfolge im Angriffskrieg und übersah das Rohstoffproblem für Deutschlands Kriegsproduktion. Nitrate, Öl, Kautschuk und diverse Metalle mußten aus Übersee importiert werden, die englische Marine zielte mit ihrer Blockade auf eine strategische Achillesferse. Die Vertreter des Kapitals - an der Spitze der damalige Chef der AEG und spätere Außenminister der Weimarer Republik Walther von Rathenau - wiesen auf die Notwendigkeit langfristiger industrieller Planung der Kriegsproduktion hin und warfen dem Generalstab vor, dieser habe dem Feind in die Hände gearbeitet, indem er das Kapital von den Kriegsvorbereitungen ausschloß. Wenn ein Kapitalvertreter sich als besserer Nationalist erweist, profiliert er sich für eine spätere Politikerkarriere; das kaiserliche Kriegsministerium gründete eiligst eine ihm unterstellte Kriegsrohstoffbehörde mit Rathenau als Chef. Leiter der Chemie-Abteilung wurde Fritz Haber mit illustren Mitarbeitern wie den Chemie-Nobelpreisträgern Walther Nernst, Emil Fischer und Richard Willstätter. Das "Büro Haber" wies den zögernden und chemisch unbeschlagenen Generalstab darauf hin, daß der Krieg im Frühjahr 1915 zu Ende sein würde, wenn nicht Nitrat synthetisch hergestellt werden könnte. Erst der Ausgang der Marne-Schlacht überzeugte

die Militärs: Carl Bosch wurde beauftragt, die im Labor problemlose Oxidation des synthetisch gewonnenen Ammoniaks zu Salpetersäure in technischem Maßstab zu realisieren.

Schon um 1900 hatte Wilhelm Ostwald ein großtechnisches Verfahren zur katalytischen Ammoniakoxidation entwickelt. Der Chemie-Nobelpreisträger von 1909 motivierte 1903 seine Forschungen, nämlich die Auffindung eines technisch geeigneten Katalysators, so: Obzwar der Stickstoffbedarf Deutschlands, soweit er die Landwirtschaft betreffe, gedeckt werden könne, sei im Kriegsfall eine technische Salpetergewinnung aus Ammoniak notwendig. Bei der BASF entdeckte Mittasch 1914 einen geeigneten Eisen-Wismut-Kontakt, den er zu einem Zeitpunkt, als - wie er selbst schreibt - "als Ausgang des Krieges eine erzwungene Ergebung aus Munitionsmangel zu drohen (!) begann"², inmitten "fiebrhafter Aufregung" in den technischen Maßstab umsetzte. Der Eisen-Wismut-Kontakt ermöglichte eine Salpeterproduktion unabhängig von Platin, bei welchem man auf Importe angewiesen gewesen wäre. Nach dem Weltkrieg setzte sich Platin durch, aber die deutschen Chemiker hatten durch den im Weltkrieg forcierten Ausbau von Haber-Bosch- und Ostwald-Verfahren einen Profite versprechenden Vorsprung auf dem Katalyse-Gebiet gewonnen.

Die Entwicklung der technischen Ammoniakoxidation 1914/1915 kann als Prototyp des Manhattan-Projekts, das die Hiroshima-Bombe entwickelte, angesehen werden: Uneingeschränkte Kooperation von Staat und Kapital ohne Rücksicht auf Kosten und Materialaufwand; Wissenschaftler, Ingenieure und Facharbeiter, die an der Ammoniaksynthese beteiligt gewesen und mittlerweile in die Armee eingezogen waren, wurden freigestellt, schwere Maschinen, Baumaterialien und andere technische Ausrüstungsgegenstände, die in Deutschland nur noch begrenzt vorhanden waren, zusammengezogen; der innerhalb der BASF angesiedelte Betrieb wurde staatlich subventioniert. Während Bosch an der Heimatfront - den Laboratorien in Oppau - den dringend benötigten Sprengstoff zu synthe-

tisieren versuchte, ersann Haber einen Plan, um die Sprengstoffknappheit zu überbrücken und die Westfront in Bewegung zu bringen: die weltweit führende deutsche Farbenindustrie stellte giftige Abfallprodukte wie Chlor und Brom her, die mit geringem Aufwand in Massenvernichtungsmittel verwandelt werden konnten. Walther Nernst motivierte den Vorstandsvorsitzenden von Bayer, Carl Duisberg, mit dem Argument, die Kriegsführung mit Giftgasen könne eine Wiederbelebung der brachliegenden Kapazitäten der Farbenindustrie zur Folge haben. Anscheinend hat Duisberg selbst mit Phosgen experimentiert, er schrieb in einem Brief vom März 1915: "Wie unangenehm es wirkt, ersehen Sie am besten daraus, daß ich fast 8 Tage zu Bett gelegen habe, weil ich nur einige Male dieses scheußliche Zeug eingeatmet habe ... Wenn man nun stundenlang den Gegner mit diesem giftigsten aller gasförmigen Produkte behandelt, so werden meiner Meinung nach die Gegner, wenn sie nicht, was wahrscheinlich der Fall, sofort ausreißen, nachträglich krank werden und fiebrige Bronchitis bekommen"³. Sowohl in Habers Berliner Kaiser-Wilhelm-Institut für Physikalische Chemie und Elektrochemie als auch bei Bayer liefen die Vorbereitungen für den militärischen Einsatz von chemischen Kampfstoffen. Haber leitete persönlich den ersten Angriff mit Chlor, allein am ersten Abend starben 5000 Menschen. Haber warf der Heeresleitung Unfähigkeit vor, weil sie es versäumte, mit einem großangelegten Angriff nachzustoßen. Die Deutschen hätten, wie Haber später verbittert schrieb, so den Krieg gewinnen können. Haber bekam 1919 den Nobelpreis, "Büro"-Kollege Nernst 1920. Zwar galten beide Nobelpreise nicht den Giftgasexperimenten: Chlor und Phosgen waren chemisch lange bekannte Substanzen, Haber beschäftigte sich überwiegend mit Anwendungsfragen: Sind Behälter aus Glas oder Metall besser? Wie schützt man die Giftgase anwendenden Soldaten? Aber das Nobel-Komitee verdeutlichte, daß der patriotische Einsatz für den Staat, auch wenn dieser das 1919 international nicht gerade angesehene, weil eben besiegte Deutsche Kaiserreich war, als nichts Ehrenrühriges zu gelten habe.

Die Chemische Industrie verzeichnete im 1. Weltkrieg einen nicht für möglich gehaltenen, aber durch den "Krieg der Chemiker" ermöglichten Aufschwung, und dies, obwohl auf dem Weltmarkt der Absatz des Artikels Nr. 1, der Farben aller couleur, drastisch zurückging. Innerhalb von 9 Monaten nach Kriegsbeginn hatte z.B. Bayer die Farben-Anlagen auf Kriegslieferungen umgestellt. Die technische Realisation der Ammoniakoxidation durch die BASF in Oppau, Boschs Manhattan-Projekt, war im Mai 1915 erfolgreich. Sofort anschließend verhandelte die BASF mit der Reichsregierung über die Ausweitung der Ammoniakproduktion. Im April 1916 wurde ein Vertrag geschlossen: Die Reichsregierung gewährte ein vorerst nicht rückzahlbares Darlehen, das dann erst 1923, inmitten der Inflation, von der BASF in wertloser Papiermark zurückgezahlt wurde, und eine Absatzgarantie. Die BASF errichtete eine riesige Haber-Bosch-Anlage in Leuna und verpflichtete sich, auf die Dauer von 10 Jahren Gewinnanteile an den Staat abzuführen. Leuna wurde ein glänzendes Geschäft, die BASF konnte trotz hoher Investitionen in die "Zukunftstechnologien" während des gesamten Krieges noch 25% Dividende an die Aktionäre ausschütten. 1916 schlossen sich die wichtigsten Chemieunternehmen zur "Interessengemeinschaft der deutschen Teerfarbenindustrie" zusammen. Eine Kooperation wurde vereinbart, ohne die Unabhängigkeit der einzelnen Konzerne zu berühren; so wurden Patente gemeinsam genutzt und Erträge aus solchen Produktionen aufgeteilt. Die durch das "Büro Haber" initiierte Zusammenarbeit der Unternehmen fand in der "Interessengemeinschaft" ihre Institutionalisierung. Durch den 1. Weltkrieg hatte die deutsche chemische Industrie ihr Monopol für Farben verloren. Die amerikanische Regierung erkannte, daß das Monopol der deutschen Farbenindustrie wegen der Abfallprodukte für den chemischen Giftgaskrieg einen strategischen Vorteil verschaffte, und erklärte die Aufnahme der Farbstoffproduktion zur nationalen Aufgabe. Dieser stellte sich DuPont, und die Regierung half mit Schutzzöllen. Angesichts

der Zunahme ausländischer Konkurrenz waren für die deutsche Farbenindustrie Oberkapazitäten absehbar. Dies zwang, sollte nicht eine ruinöse Konkurrenz untereinander entstehen, zu Absprachen über Preise und Mengenbegrenzungen, also zum Kartell. Durch den Weltkrieg - genauer: durch den vom Staat aus nationalen Gründen subventionierten Aufbau großtechnischer Anlagen - gewann die deutsche Chemische Industrie aber auch einen erheblichen Vorsprung in dem avancierten Gebiet der Hochdruck-Chemie. Es war vorauszusehen, daß sowohl für Forschung als auch für die technische Realisation Kapital in solchen Größenordnungen nötig sein würde, die die einzelnen keineswegs kleinen Chemiekonzerne überfordert hätten. Die "Interessengemeinschaft" von 1916 war der Beginn: man wollte Parallelforschung vermeiden, Patente sammeln und vor allem das Kapital in die sich abzeichnenden "Zukunftstechnologien" der Hochdruck-Chemie verlagern. Die "Interessengemeinschaft" stellte schon kurz nach ihrer Gründung massive Forderungen an den Staat: So drängte Carl Duisberg, ihr Sprecher und späterer Vorstandsvorsitzender der I.G.Farben, die Heeresleitung, den Arbeitskräftemangel durch Zwangsverschleppung belgischer Arbeiter zu beseitigen. Er verlangte von der Regierung einen allgemeinen Lohnstopp und Streikverbot für alle Arbeiter. Duisberg war Anhänger der Forderung nach einem großdeutschen Reich, sprach von der Mission Deutschlands und der deutschen Chemie in der Welt und davon, das "Führerprinzip" im Staat und in den Konzernen einzuführen - dies lange bevor man von Hitler gehört hatte. Fritz TerMeer, Vorstandsmitglied der I.G.Farben und verurteilter Kriegsverbrecher, schreibt 1953 über Duisbergs "soziale Einstellung": "Dabei war es Duisberg durch den Neubau des Großwerkes Leverkusen um die Jahrhundertwende in besonderem Maße vergönnt gewesen, seine Gedanken der Werksgemeinschaft in die Tat umzusetzen. Er hatte bereits verwirklicht, was 30 Jahre später unter dem Begriff 'Schönheit der Arbeit' propagiert wurde. Die mit Baumreihen geschmückten Hauptstraßen des Werkes, in Gärten eingebettete Werkskolonien, eine ans Werk angrenzende Parkanlage großen Stils ..." ⁴.

Beanspruchten die Wissenschaftler noch zu Anfang des 19. Jahrhunderts, "Wächter über den Fortschritt der Menschheit"⁵ zu sein, und dachten über eine vernünftige Einrichtung der Gesellschaft nach, so waren sie am Ende des Jahrhunderts erfinderische Zwerge und deutsche Nationalisten. Der Nationalismus lebt von der Wut der Menschen, denen das Nötigste zum Leben fehlt, die täglich erniedrigt werden und gezeigt bekommen, daß sie bloß Mittel für von anderen bestimmte Zwecke sind, die ihre autonome Subjektivität durchstreichen müssen, wenn sie leben wollen. Die durch die Herrschaft von Staat und Kapital produzierte Wut richtet sich aber nicht gegen deren Ursache, sondern wird in Identifikation mit den unterdrückenden Instanzen gegen Juden, Türken, Ausländer insgesamt, Kommunisten gewendet. Die ihrer Subjektivität Beraubten finden 'Sinn' in der Nation, in der Größe Deutschlands. Den Chemikern fehlte zwar nicht das Nötigste zum Leben, aber ihre wissenschaftliche Arbeit wurde - und dies gilt ab der Mitte des 19. Jahrhunderts - gleichfalls zum Mittel. Wenn sie wissenschaftlich arbeiten wollten, mußten sie sich den Zwecken von Staat und Kapital anpassen. Damit sind wissenschaftliche Einsicht und Selbstbewußtsein gestrichen, der intelligible Charakter der Wissenschaftler, die Voraussetzung ihrer möglichen Freiheit, ruiniert. In Identifikation mit den sie ruinierenden Instanzen werden die Wissenschaftler Nationalisten. An dem Widerspruch, nämlich daß wissenschaftliche Tätigkeit darauf abzielt, die Mühseligkeit menschlichen Daseins zu erleichtern, und daß zugleich diese wissenschaftliche Tätigkeit zu im Elend lebenden, bis auf die Haut mit den faszinierenden neuen Molekülen gefärbten Arbeitern in den Chemiefabriken führte, an diesem Widerspruch wurden die Chemiker irre. Er produzierte die Wut, die über jenen Identifikationsmechanismus in den Nationalismus mündete. Der Ausdruck vom "unpolitischen" oder auch "wertfreien" Naturwissenschaftler, geprägt in jener Zeit, verrät, was den Naturwissenschaftler entzogen wurde: eine aus der wissenschaftlichen Vernunft begründete politische Einsicht. Die

begrenzte Unterstützung wissenschaftlicher Arbeit mit einem Nicht-Hineinreden in den engeren Forschungsbereich war verknüpft mit dem Ausschluß jeder Kritik an den Produktionsverhältnissen und an der staatlichen Herrschaft. Wenn es darauf ankam, standen die Unpolitischen mit Erfindungsreichtum für die Ehre des Vaterlandes ein. Dieses im kaiserlichen Deutschland begründete Verhältnis der Naturwissenschaftler zu Kapital und Staat setzte sich in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus fort.

1926 schloß sich das Kartell "Interessengemeinschaft der deutschen Teerfarbenindustrie" zur "I.G.Farbenindustrie Aktiengesellschaft" zusammen. Die Abrundung in einer einzigen Firma bestand auch darin, die deutsche Munitionsindustrie, Dynamit AG und Westfälische Sprengstoff AG, zu schlucken. Aber der Hauptgrund für die Fusion war die Beschleunigung des Rationalisierungsprozesses in der Chemischen Industrie: unrentables Kapital, insbesondere im Farben-Sektor, wurde vernichtet. Die 50 000 Farbstoffmarken der Gründerfirma wurden auf 10 000 reduziert und die Farbstoffproduktion so geordnet, daß verwandte Stoffe in jeweils nur einem Werk hergestellt wurden. Die "Neuen Technologien", insbesondere die Hochdruck-Chemie, hatten einen immensen Kapitalbedarf, ökonomisch war die I.G.Farben-Gründung, die Rationalisierung des Farben-Sektors zugunsten der "Zukunftstechnologien", ein Schritt zu höherer organischer Zusammensetzung des Kapitals. Die technische Umsetzung des Bergius-Patents, der Kohlehydrierung zu Benzin, hätte die finanziellen Möglichkeiten der BASF überstiegen. Hingegen konnte im Gründungsjahr 1926 in Leuna neben der Haber-Bosch-Anlage mit dem Bau einer Anlage zur Massenproduktion von Benzin begonnen werden. In den Jahren bis 1930 gab es in Leuna große technische Probleme, die Investitionen überschritten die Planungsziffern bei weitem, eine profitable Produktion rückte mehr und mehr in die Ferne und ein Teil des Vorstands der I.G.Farben plädierte aus ökonomischen Erwägungen für Abbruch. Doch Leuna wurde weiter ausgebaut. Dafür kamen die folgenden Gründe in Betracht:

- 1) Der Triumph der deutschen Chemie im 1. Weltkrieg mit Ammoniak-Synthese und Salpeter-Nachschub war noch in Erinnerung, die Ammoniak-Synthese erbrachte große Profite, die deutsche Hochdruck-Chemie war weltweit führend und hatte den Flair der "Neuen Technologie".
- 2) Die Anlagen der Hochdruck-Chemie hatten eine im Vergleich zur traditionellen Farbenproduktion höhere organische Zusammensetzung des Kapitals; Mehrwert war in höherem Maße akkumulierbar und fixierbar in Maschinerie.
- 3) Schon ab Mitte der 20er Jahre gab es eine heimliche Aufrüstung, die "Schwarze Reichswehr" brauchte Treibstoff - unkontrolliert und unabhängig von ausländischen Anbietern.
- 4) In den Jahren 1927 - 29 waren die Schätzungen über die Welterdölvorkommen unsicher und schienen eine baldige Knappheit vorauszusagen.

1930 wurden riesige Erdöllager in Texas entdeckt, der Benzinpreis fiel drastisch. Ende 1930 lag der Gestehungspreis für Hydrierbenzin um 700% über dem Weltmarktpreis, ökonomisch war Leuna eine Pleite. Bosch und Bergius erhielten 1931 den Nobelpreis - wie schon 1919 für Haber und 1920 für Nernst ein Nobelpreis zur richtigen Zeit. Bosch, mittlerweile Vorstandsvorsitzender der I.G.-Farben, beauftragte 1932 den Chemiker und I.G.Farben-Direktor Bütetisch, der über gute Kontakte zu den Nazis verfügte, mit Hitler ein Sondierungsgespräch über Kohlehydrierung zu führen. Im Gegensatz zum chemisch unbeschlagenen kaiserlichen Generalstab entwickelte Hitler großes Interesse bis hin zu technischen Details der Öl-Synthese. Aufgrund der Erfahrungen des 1. Weltkrieges plädierte Hitler für die Öl-Synthese. Er erkannte in der Abhängigkeit von ausländischen Rohstoffen die strategische Achillesferse Deutschlands und sah die Selbstversorgung mit zentralen Rohstoffen als Voraussetzung für ein militärisch gerüstetes Deutschland an. Hitler versprach finanzielle Unterstützung für das I.G.Farben-Projekt, Bosch über Hitler danach: "Der Mann ist

vernünftiger, als ich dachte"⁶. Schon seit 1928 existierten geheime Studien der Militärs im Heereswaffenamt, wo 1928 noch keine Nazis saßen, die forderten, es müßten Erfindungen als Ersatz für die strategisch wichtigen Rohstoffe Öl und Kautschuk unterstützt werden. Die 1928 nur geforderte Unterstützung praktizierte 1933 die NS-Regierung, die I.G.Farben bekam Subventionen für das unter Rentabilitäts Gesichtspunkten marode Öl-Synthese-Projekt in Leuna. Im Juni 1933 begannen die Nazis mit dem geheimen, vom Versailler Vertrag untersagten Aufbau einer Luftwaffe, die I.G.Farben-Chemiker wurden kontaktiert, ob das synthetische Leuna-Benzin als Flugbenzin taugte. Im Jahre 1933 spielte die zivile Luftfahrt eine quantitativ unbedeutende Rolle; das Vertrauen der NSDAP in die I.G.-Chemiker war so groß, daß diese in ein streng geheimes Projekt eingeweiht wurden. Es stellte sich heraus, daß aus dem Flugbenzin ohne Bleitetraethyl nichts werden würde. In einer Sitzung im August 1934 zwischen Wirtschaftsministerium, Militär und I.G.Farben wurde die I.G. beauftragt, über ihren amerikanischen Geschäftspartner Standard Oil schnellstens eine Pauschallizenz ohne Mengenkontrolle zu bekommen. Die Nazis schoben die I.G.Farben vor und nutzten deren internationalen Beziehungen.

Im September 1933 legte die I.G. den Militärs einen Vierjahres-Plan zur Ausweitung der deutschen Treibstoffproduktion vor, einer Ausweitung auf das Dreieinhalbfache. Die Militärs stimmten zu. Bosch verhandelte dann mit der NS-Regierung, Resultat war ein am 14.12.1933 unterzeichneter und von Hitler persönlich befürworteter Vertrag: Die I.G.Farben verpflichtete sich, die Anlagen in Leuna bis 31.12.1935 auf die dreifache Jahreskapazität von 1933 auszubauen und die erhöhte Kapazität während der 10jährigen Vertragsdauer beizubehalten. Die Reichsregierung garantierte der I.G. während der Vertragsdauer einen Preis, der dem 1933 weit über Weltmarktpreis liegenden Kostpreis, welcher eine verhältnismäßig hohe Abschreibung der immensen Investitionen in Leuna enthielt, plus einem fünfprozentigen Profit auf das

Anlagekapital entsprach. Dazu kam eine Garantie für den Absatz desjenigen Benzins, das die I.G. Farben nicht selbst verkaufen konnte. Dieser Vertrag kam zustande trotz der persönlichen Animositäten zwischen Hitler und Bosch. Für Bosch war vor allen anderen Gesichtspunkten die Verwertung des Anlagekapitals in Leuna entscheidend. Der Leuna-Vertrag hatte auch ein sowohl von der I.G. Farben als auch von der Reichsregierung unvorhergesehenes und 1933 auch nicht vorhersehbares Resultat: Der Kostpreis wurde jährlich neu berechnet. Bis 1936 lag der daraus unmittelbar sich ergebende und garantierte Produktionspreis über dem Preis, den die I.G. Farben für Leuna-Benzin erzielte. Die Reichsregierung mußte - wie vorgesehen - an die I.G. zahlen, insgesamt 5 Mill. Reichsmark. Aber nach 1936 fiel aufgrund technischer Verbesserungen der garantierte Produktionspreis unter den erzielten Preis. Laut Vertrag mußte die I.G. Farben ihren Extraprofit an den Staat abgeben: bis Ablauf des Vertrages am 30.06.1944 insgesamt 91 Millionen Reichsmark. Den Verlust an Extraprofit kompensierte die I.G. durch Lizenzvergaben und durch Ausweitung der Leuna-Kapazität über die im Vertrag vereinbarte Menge; den Profit für das überschüssige, vertragsfreie Benzin konnte die I.G. in voller Höhe behalten. Noch im Nürnberger Prozeß waren die entgangenen 86 Millionen Extraprofit für die Angeklagten ein Grund zur Klage. Vor allem wegen ihrer hohen Motorisierung erwiesen sich die deutschen Truppen als Meister des Blitzkrieges. Der zweite dafür essentielle Rohstoff war Kautschuk, der genauso wie Öl vollständig importiert werden mußte. Die I.G. Farben-Chemiker konnten einen synthetischen Ersatz für Kautschuk - Buna - herstellen: Aus den reichlich vorhandenen Rohstoffen Kalk und Kohle läßt sich über Carbid und Acetylen Butadien synthetisieren, das dann polymerisiert wird. Seit 1926 veranlaßte die I.G. Farben intensive und aufwendige For-

x

schungen auf dem Synthesekautschukgebiet. Zwischen 1930 und 1932 gelang die Mischpolymerisation mit Styren und Acrylnitril. Vor 1933 lief die tech-

nische Buna-Produktion nur sehr schleppend an, zum einen, weil die Öl-Synthese als das riskante Projekt Nr. 1 das investierbare Kapital erheblich beanspruchte, und zum anderen, weil der Weltmarktpreis für Kautschuk Anfang der dreißiger Jahre verfiel. Die hohen Forschungs- und Entwicklungskosten schienen verloren. Ende 1933 verhandelte die I.G.Farben mit dem Wirtschaftsministerium und dem Heereswaffenamt über die großtechnische Buna-Produktion. Wegen der auf absehbare Zeit nicht konkurrenzfähigen Produktion verlangte Bosch finanzielle Zusagen seitens der Regierung. Darüber hinaus sollten Buna-Reifen auf Militärfahrzeugen getestet werden. Militär und Wirtschaftsministerium lehnten wegen der hohen Kosten ab. Auf persönliche Intervention Hitlers hin fanden 1934 neue Verhandlungen statt. Danach testete die Armee dann doch Buna-Reifen - mit dem Ergebnis, daß diese für die Anforderungen des Heeres nicht taugten. Die Reifenindustrie weigerte sich nach wie vor, Buna zu verarbeiten, denn Buna-Reifen waren ungefähr 5 mal teurer als Naturkautschuk-Reifen. Das Wirtschaftsministerium lehnte jede Kostenübernahme ab. Es kam vorerst kein Vertrag zustande - und dennoch, auf mündliche Zusagen Hitlers sich stützend, begann die I.G.Farben eine riesige Buna-Fabrik in Schkopau. Nach weiteren sehr langwierigen Verhandlungen gestand die NS-Regierung endlich eine zu verzinsende Anleihe und die Abnahme einer bestimmten Menge Buna zum rentierlichen Preis zu. Das ökonomische Interesse der I.G.Farben, das zur Verwertung des in Leuna brachliegenden, überdimensionierten Anlagekapitals zwang, und das nationale Interesse der Nazis, die wegen der militärischen Bedeutung auf Autarkie setzten, paßten zusammen, waren gleichwohl nicht schlicht identisch.

Vor 1933 ließ sich die I.G.Farben auf die geltenden, durch den Ausgang des 1. Weltkrieges hergestellten Geschäftsgrundlagen, also auf die Machtverhältnisse des Weltmarkts positiv ein. Dies kritisierten die Nazis, weil die Geschäftserfolge der I.G.Farben und die Macht Deutschlands nicht zusammen-

fielen. Die Orientierung der I.G. auf den Welthandel möge folgende Zahl illustrieren: 1928 entfielen 57% des gesamten Umsatzes auf den Export. Vor 1933 unter den Bedingungen der geltenden Geschäftsgrundlagen blieb der I.G. Farben nur die internationale Option zur Realisation der High-Tech-Großprojekte: Schon 1927 gründete die I.G. in den U.S.A. zusammen mit Standard Oil eine Fabrik zur Entwicklung der Hydrierung von Rohöl. Eine gemeinsame Holding-Gesellschaft wurde gebildet, der die weltweiten Rechte auf die Hydrierungspatente übertragen wurden, was sich die I.G. von Standard teuer bezahlen ließ. Die I.G. Farben allein war nicht in der Lage, das erforderliche Kapital für diese Großprojekte aufzubringen, zumal auf dem damaligen Stand sowohl Synthese-Benzin als auch Buna nicht konkurrenzfähig waren, die I.G. spekulierte auf den großen amerikanischen Markt, wo der private Personenverkehr schon weit verbreitet war, und auf mögliche Verknappungen und daraus folgende Preiserhöhungen der Rohstoffe. Die Verhandlungen mit Standard Oil erwiesen sich als schwierig, da die I.G. Farben das technische know how nur in dosierten Portionen preisgab und teuer verkaufte; zudem waren die Projekte wegen der unsicheren Rohstoffvoraussagen für Erdöl und Kautschuk äußerst riskant. Beide Konzerne planten die weltweite Verwertung der modernen Hydrierungsverfahren, wobei die I.G. Farben ihren wissenschaftlich-technischen Vorsprung weltweit schützen bzw. ausbauen wollte und die kapitalkräftige Standard sich einen Vorteil gegenüber den konkurrierenden Ölkonzernen versprach. Als nach 1930 die Preise für Erdöl und Kautschuk drastisch fielen, wurde die internationale Option der I.G. Farben für ihre High-Tech-Projekte noch komplizierter. Nachdem die I.G. 1933 auf das Autarkieprogramm umgesattelt war, wurden die U.S.-Fabriken nicht weiter ausgebaut und die technische Entwicklung dort auf Sparflamme gehalten. Mit dem Angriff der japanischen Luftwaffe auf Pearl Harbour Ende 1941 und dem Pazifischen Krieg verknappte sich Kautschuk in den U.S.A. drastisch. Die U.S.-Regierung mußte feststellen, daß

die Buna-Technik in den U.S.A. zurückgeblieben war; sie mußte in kürzester Zeit mit Notstandsmaßnahmen eine Gummi-Produktion in Gang setzen. So schnitt im Vergleich der faschistische Staat besser ab: Zur Sprengung der organischen Schranke der Produktion ist der Schritt von Naturkautschuk zu Buna notwendig. Diese Technik kann von Einzelkapitalen, die sich in der Konkurrenz behaupten müssen, nicht entwickelt werden. Der faschistische Staat - und nicht der U.S.-Staat - subventionierte die Technik der Zukunft und realisierte damit die in der Sprengung der organischen Schranke liegende objektive Tendenz der Technik. Hierin liegt ein Grund für die Affinität der die avancierten Techniken erfindenden Chemiker zum Nationalsozialismus bzw. deren Orientierung auf einen starken Staat.

Mit der Machtergreifung 1933 verordnete Hitler Autarkie, um Deutschland aufzurüsten und um dadurch die internationalen Machtverhältnisse zugunsten Deutschlands zu verändern. Gegen die internationale Verflechtung der I.G. Farben hatte er einzuwenden, daß die Gefahr bestünde, technisches know how der I.G. würde anderen Nationen und Militärapparaten in die Hände fallen. Die I.G. sollte aber ihre internationalen Verbindungen nutzen, um ihrerseits an für die Nation wichtiges know how heranzukommen. Die zuvor angeführte Chronik des Jahres 1933 zeigt, daß es keines großen Zwangs bedurfte: die I.G.Farben sattelte schnell von der Weltmarktorientierung um auf das Autarkieprogramm. Die Schwerindustrie, die vor 1933 Hitler näher stand als die I.G.Farben, weigerte sich 1936, die im Rahmen der Autarkie geforderte Umstellung auf unrentable, minderwertige deutsche Eisenerze vorzunehmen. In diesem Zusammenhang entstand der Hermann-Göring-Konzern, von der NSDAP direkt kontrolliert, der avancierte technische Verfahren beim Verhüttungsprozeß einführte und sich dann bis hin in den Rüstungssektor diversifizierte.

^x
Partei und Regierung hatten damit ein Druckmittel gegen die Stahlindustrie, etwas, was im Chemie-Bereich dank der innovationsfreudigen I.G.Farben nicht

nötig war. Nach 1933 stimmten das objektive Interesse der I.G., der zu erzielende Profit, und das der NS-Regierung, Deutschlands Macht gegenüber den Versailler Bedingungen zu stärken, zusammen, waren aber nicht deckungsgleich: Hitler betrachtete die I.G.Farben als Mittel, um Deutschlands Vorherrschaft auf dem Kontinent durchzusetzen. Führenden I.G.-Vertretern mißtraute Hitler, der Kapitalisten verachtete, die sich ungeachtet der nationalen Erfordernisse ausschließlich am Profit orientierten - was aber nicht bedeutete, daß die NS-Regierung mit ihren Entscheidungen der I.G.Farben ökonomischen Schaden zufügte, sondern lediglich, daß die Macht Deutschlands vorrangiger Gesichtspunkt war, mit und unter dem man Geschäfte machen durfte, und der, wenn erst militärisch gefestigt, noch viel einträglichere Geschäfte versprach. Die Umstellung auf Autarkieprogramm und Waffenproduktion war ursprünglich also nicht Plan der I.G.-Manager, sondern staatliche Entscheidung, innerhalb derer die I.G.Farben als Mittel diente, als High-Tech-Ausrüster für den Krieg. Die I.G.Farben ihrerseits begriff schneller und gründlicher als andere, daß die Ausdehnung ihrer Geschäftserfolge davon abhing, wie stark Deutschland werden würde.

Zu unterscheiden sind zwei ökonomisch begründete Interessen. Erstens das Interesse an dem Geschäftserfolg, der unmittelbar zusammenhängt mit dem Bestehen des Einzelkapitals in der Konkurrenz; Kriterium dabei ist der zu erzielende Profit. Zweitens das Interesse, akkumulierbaren Mehrwert in Form von Maschinerie zu fixieren, wobei in der Regel mit der avancierten Technik eine höhere organische Zusammensetzung des Kapitals einhergeht. Letzteres Interesse kann mit dem Geschäftserfolg kollidieren - im 19. Jahrhundert gingen die ersten Chemiker-Unternehmer pleite, die bei hohen Kosten neue Techniken entwickelten; erst die nächste Unternehmer-Generation, die deren Anlagen unter Wert aufkaufte, produzierte rentabel. Eine analoge Kollision lag in den 1930 und 1931 mit außergewöhnlich großer Härte geführten Ausein-

andersetzungen im I.G.-Direktorium um die Kohle-Hydrierung in Leuna. Eine Fraktion, orientiert am Geschäftserfolg, plädierte für Abbruch des auf absehbare Zeit unrentablen Leuna-Großprojekts gegen die andere Fraktion, geführt vom genialen Hochdruck-Chemiker Bosch. Ungeachtet der persönlichen Animosität zu Hitler mußte Bosch sich mit den Nazis verbünden: Denn der Staat subventioniert die Fixierung von akkumulierbarem Mehrwert in High-Tech-Anlagen, in die Hochdruck-Chemie bei den Nazis, in die AKW-Technik in den 50er und 60er Jahren. Aus diesem ökonomischen Grund ist in der kapitalistischen Produktionsweise die Geschichte avancierter Technik mit der Militärgeschichte eng verknüpft - und die erfinderischen Wissenschaftler und Techniker säumen in der Regel nicht, sich der nationalen Aufgabe zur Verfügung zu stellen. Nachdem die I.G.Farben lange Zeit der NS-Bewegung distanziert gegenübergestanden war, spendete Vorstandsvorsitzender Bosch kurz nach der Machtergreifung und noch vor der wichtigen März-Wahl 1933 der NSDAP 400 000 Reichsmark, die bei weitem größte Einzelspende aller Industrieunternehmen. Solcherart Spenden implizierten nicht, daß die Spender Hitler ihren Willen hätten aufzwingen können oder daß Hitler ihre Marionette war. Jene Spende war vielmehr Eintrittskarte und Antrittsprésent für die Verhandlungen über die Subventionierung der High-Tech-Projekte. Die I.G.Farben konnte die Nazis gut gebrauchen erstens wegen der Stabilisierung der Voraussetzungen für die Ausbeutung der Arbeiterklasse, wegen der Zerschlagung der Arbeiterbewegung, insbesondere der Kommunistischen Partei, wegen der Zustimmung der Arbeiter zu ihrer Ausbeutung und zum Staat, welche Zustimmung durch das populistische Moment in der NS-Bewegung befördert wurde, und zweitens wegen der High-Tech-Projekte Öl-Synthese und Buna, deren internationale Realisation 1933 komplizierter geworden war. Mit dem von der NS-Regierung vertraglich zugesicherten Produktionspreis bei günstiger Abschreibung der Investitionskosten und garantiertem Absatz einer die Kapazitäten auslastenden Menge an Leuna-Benzin wurde die Öl-Synthese

mit einem Schlag profitabel. Unter Bedingungen der Autarkie und der Aufrüstung versprach das zweite High-Tech-Projekt, Buna, profitabel zu werden. Der Zugriff auf die riesigen Rohstoffreserven der Sowjetunion und ein starkes Deutschland eröffneten der I.G.Farben eine gegenüber den Versailler Geschäftsgrundlagen verbesserte internationale Perspektive. Deshalb rüstete die I.G.Farben Hitler aus Eigeninteresse.

Im April 1936 wurde ein Reichskommissariat für Rohstoffe und Devisen mit Göring als Chef eingerichtet - Planungsbehörde und Super-Wirtschaftministerium. Die Unterabteilung für Forschung und Entwicklung übernahm das I.G. Farben-Vorstandsmitglied, der Chemiker Carl Krauch mit einem Stab von I.G.-Spezialisten. Geplant wurde die Rohstoffversorgung des rohstoffarmen Deutschland; für strategisch wichtige Stoffe sollten die Chemiker Ersatzstoffe synthetisieren. Das erfolgreich durchgeführte Autarkieprogramm war Voraussetzung für die geplante Kriegsführung. Der erfolgreiche Krieg seinerseits sollte für das deutsche Kapital eine ausreichende Rohstoff-Basis und billige Arbeitskräfte schaffen - insbesondere durch den Zugriff auf die Rohstoffe in Südosteuropa und in der Sowjetunion. Mit dem Wirtschaftsminister Schacht, einem Konservativen, Reichsbankpräsident in der Weimarer Republik und kein Nazi, gab es aufschlußreiche Kontroversen. Schacht lehnt mit ökonomischen Argumenten die Ausweitung der Buna-Produktion ab. Buna war gegenüber Naturkautschuk nicht konkurrenzfähig und mußte staatlich subventioniert werden. Die Nazis und die I.G.Farben setzten durch, daß eine zweite I.G.-Anlage gebaut und subventioniert wurde - gegen das Wirtschaftsministerium und gegen das Heereswaffenamt, das für Vorratshaltung von Naturkautschuk plädierte. Ebenfalls vergeblich opponierte Schacht dagegen, daß die I.G.Farben den Löwenanteil der staatlichen Subventionen im 1936 verkündeten Vierjahresplan erhielt - Schacht wollte andere Chemieunternehmen unterstützen, um die Übermacht der I.G. einzugrenzen. In den Jahren 1937, 1938 und 1939 gewann die Ab-

teilung Krauch erheblich an Kompetenzen gegenüber dem Heereswaffenamt. Krauch, der I.G.-Direktor blieb, wurde die Planung der Kapazitäten für Öl, synthetischen Kautschuk, Sprengstoff, Munition unterstellt. Damit hatte die I.G.Farben direkten Einfluß auf Planung und Vorbereitung des 2. Weltkriegs. Die Klage des Chemikers, Haber, chemisch unbeschlagene Militärs seien zu einer Rohstoffe und Technik planenden Strategie nicht in der Lage, wurde endlich erhört: jetzt konnten Chemiker kriegsplanen.

Die Nazis lehnten nicht grundsätzlich die internationalen Beziehungen und Verflechtungen der I.G.Farben ab. So nutzte die I.G. ihre Beziehungen zu Standard Oil und kaufte 500 Tonnen des für Flugbenzin essentiellen Bleitetraethyl in der Funktion eines Strohmannes für das Luftfahrtministerium, das nicht direkt als Käufer auftreten konnte. Die I.G. versuchte - und wurde dazu von der NS-Regierung ermuntert - Kooperation, Verträge und gemeinsame Firmen mit Standard Oil im Sinne der NS-Kriegsplanung auszuschlachten: möglichst wenig Informationen über technische Verfahren in die U.S.A., möglichst viel Informationen und vor allem auch Kapital aus den U.S.A. in die I.G. Farben. So kam man an die kriegswichtige Bleitetraethyltechnik heran. Mit der von Standard kontrollierten Ethyl Gasolin Corporation wurde eine gemeinsame Gesellschaft, die Deutsche Äthyl GmbH, gegründet und 1935 in Gabel (Brandenburg) mit der Produktion von Bleitetraethyl begonnen. Noch 1943 erhielt der amerikanische Konzern neben den Lizenzgebühren die ihm zustehenden Dividenden.

Die I.G.Farben folgte den Eroberungstruppen Hitlers und übernahm die "Neuordnung" der chemischen Industrie in den besetzten Ländern. Alle jüdischen Beschäftigten wurden entlassen. Der Sache nach waren die Aneignungsmethoden der I.G.Farben brutal, rechtlich wurden sie durch Übernahmeverträge abgesegnet - die I.G. kalkulierte wohl auch mit einer militärischen Niederlage Hitlers. Als nach dem Münchner Abkommen die I.G.Farben mit tschechoslowakischen Firmen über den Kauf von deren Anlagen im Sudetenland verhandelte, drohte sie den Tschechen, die nicht verkaufen wollten, Hitler könne dies zum Anlaß nehmen, auch den Rest der Tschechoslowakei zu besetzen. Man verkaufte dann zu den Bedingungen der I.G.

Farben. Schon vor dem Blitzkrieg gegen Polen hatte die I.G. einen Plan potentieller "Erwerbungen" der wichtigsten polnischen Chemieunternehmen. Im Wirtschaftsministerium gab es Widerstände gegen die Methoden der I.G. bei der Aneignung ausländischer Firmen. Man wollte lediglich eine provisorische Verwaltung durch die I.G., nicht aber die dauernde Übernahme genehmigen. Die I.G. erkannte schnell, daß in den besetzten Gebieten die SS Himmlers und nicht das Wirtschaftsministerium und Göring das Sagen hatte. Sie reagierte auf die Machtverschiebungen innerhalb des NS-Staats und begann, ein engeres Verhältnis zur SS auszubauen. Als mit längerer Kriegsdauer der Arbeitskräfte-Mangel zunahm, organisierte die I.G. den Einsatz ausländischer Arbeiter in Deutschland. Ganze Arbeitstrupps aus den besetzten Gebieten - "geschlossene Einheiten", die formal Beschäftigte der ausländischen Muttergesellschaft blieben, wurden nach Deutschland zwangsverschickt.

Ihre Erfolge in den Blitzkriegen von 1939 bis 41 verdankten die deutschen Truppen nicht zuletzt der überlegenen Motorisierung und Mobilität. Angetrieben durch Leuna-Benzin und auf Buna-Reifen zogen sie durch Europa. Die vielen schnellen Siege aber hatten die Rohstoffreserven strapaziert. Für den von Anfang an geplanten, den Krieg entscheidenden Angriff auf die Sowjetunion war eine Ausweitung der Produktion von synthetischem Öl und Buna erforderlich. Hitler verschob den Angriffstermin um ein Jahr, während die Kriegsplaner inzwischen den Rohstoffbedarf für den Krieg gegen die Sowjetunion projektierten. Das Reichswirtschaftsministerium konferierte mit den I.G.-Vertretern und Chemikern Fritz Ter Meer und Otto Ambros. Insbesondere bei Buna reichten die vorhandenen Produktionsanlagen nicht aus. Krauch schickte Ende 1940 Ambros, einen der begabtesten Chemiker der I.G. Farben, Schüler und Schützling des Nobelpreisträgers Richard Willstätter, der seinerseits schon im "Büro Haber" chemische Beiträge zum 1. Weltkrieg geliefert hatte, ins besetzte Polen, um einen Standort für eine neue Hochdruckanlage zu erkunden. Ambros hatte die erste große Buna-Anlage in Schkopau aufgebaut und war für Buna das, was Bosch für die

Ammoniaksynthese und die Kohlehydrierung war. Ambros besichtigte mehrere Standorte und schlug einen vor, der die folgenden Vorzüge hatte: ausgezeichnete Verkehrsbedingungen, Wasserversorgung, weil an drei-Flüssen gelegen, naheliegende Kohlegrube. Der Name des polnischen Dorfes war Auschwitz. Als Alternativen zu Auschwitz erwogen die I.G.-Chemiker Standorte in Norwegen. Der Vorteil von Auschwitz für die I.G.Farben: Die SS baute ein Konzentrationslager in der Nähe, der Nachschub an Zwangsarbeitern schien unbegrenzt. Dagegen gab es Berichte über wachsenden Widerstand der norwegischen Bevölkerung gegen die deutschen Besatzer. Der Mangel an Arbeitskräften war für die Produktionsanlagen in Deutschland ein ernstes Problem. Im Mai 1941 - einen Monat vor dem Start für das Unternehmen Barbarossa - wurde in Auschwitz mit dem Bau von Anlagen zur Kohlehydrierung und Buna-Produktion begonnen, es war das größte Einzelobjekt der gesamten I.G.Farben und sollte die weltgrößte chemische Anlage für synthetisches Öl und Gummi werden. Als Direktoren wurden die Chemiker Ambros (Buna) und Bütefisch (Treibstoff) eingesetzt. Hitlers Plan, die nationalsozialistische Herrschaft nach Osten auszudehnen, stimmte mit den Interessen der I.G.Farben zusammen: die riesige Anlage, die als 'I.G.Auschwitz' in den Büchern der I.G. firmierte, wurde für dauernden Betrieb konzipiert - wegen ihrer geographischen Lage und mit ihren hohen Kapazitäten schien sie geeignet, auch im zu erwartenden Frieden Buna und Benzin in einen vom Bolschewismus befreiten Osten zu liefern. Wegen des Zugriffs auf billige Zwangsarbeiter versprach I.G.Auschwitz beträchtliche Extraprofite. Angesichts solcher Perspektiven verzichtete die I.G.Farben auf staatliche Subventionierung und errichtete I.G.Auschwitz in eigener Regie. Planung und Baubeginn von I.G.Auschwitz geschahen also vor dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion. Hauptproblem der I.G. war die Beschaffung von Arbeitskräften für die Bauarbeiten. Tausende von ungelerten Arbeitern wurden gebraucht, ihre Tätigkeit war von vorübergehender Art und konnte nicht zu einer dauernden Einstellung bei der I.G. führen. Die Verfügbarkeit von Arbeitskräften aus einem KZ paßte in die Bauplanung der I.G. Im

Nürnberger Prozeß versuchten die Angeklagten, diesen Punkt zu leugnen; aber es ist nicht glaubhaft, daß die Planung lediglich Transport, Wasserversorgung, Kohle und Baumaterialien umfaßt haben soll, nicht aber die Frage der Arbeitskräfte, wo doch damals ein anwachsender Mangel herrschte. Verbürgt ist, daß der Kommandant von Auschwitz die Häftlinge nur ungern auf die I.G.-Baustelle abgeben wollte; der I.G. sind die Häftlinge nicht aufgezwungen worden. Benötigt wurden zu Anfang 12 000 Montagearbeiter, eine Zahl, die mit freiwilligen Arbeitern, die es gab, nicht erreicht werden konnte. Von Anfang an arbeiteten KZ-Häftlinge als ungelernte Arbeiter auf der Baustelle. Die I.G. hatte von Baubeginn an zu wenig - vor allem qualifizierte - Arbeitskräfte und wurde bei den staatlichen Arbeitsämtern vorstellig. Diese wiesen polnische und russische Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene zu; so waren im November 1943 23 000 Menschen auf der Baustelle eingesetzt, davon 19 000 Ausländer und KZ-Häftlinge. Von der SS erhielt die I.G. die Zusage, es würden mehr Facharbeiter nach Auschwitz verlegt. "Zweifellos hat die I.G. keine besondere Vorliebe für die Verwendung von KZ-Häftlingen oder von Ausländern gehabt, die gegen ihren Willen zum Arbeitsdienst in Deutschland gezwungen worden waren. Auf der anderen Seite ist es ebenso sicher, daß die I.G. sich mit der für sie von den staatlichen Arbeitsämtern geschaffenen Lage abgefunden (hat)"⁷(so das Urteil im I.G.Farben-Prozeß). Wegen der Bedeutung von I.G.Auschwitz ernannte Himmler den Chef seines persönlichen Stabs Wolf zum Verbindungsoffizier zwischen SS und I.G.Farben. Wolf und der Chemiker Bütetisch für die I.G. handelten einen Vertrag aus; die SS überläßt der I.G. tagsüber die KZ-Häftlinge, die I.G. zahlt an die SS, und zwar drei Mark pro Tag für einen ungelernten Arbeiter, vier Mark für einen gelernten Arbeiter, 1,50 Mark für Kinder. Besondere Arbeitsanreize wie z.B. Zigaretten bekamen die Häftlinge auf der Baustelle von der I.G.. Der Aufbau von I.G.Auschwitz ging aber nicht planmäßig voran. Die I.G. hatte mit einer 75% Arbeitsleistung der Häftlinge gerechnet, erreicht wurde nicht einmal die Hälfte. In den gründlichen

I.G.-Wochenberichten wurden Beschwerden an die Adresse der SS gerichtet, die Behandlung der Häftlinge sei produktionshemmend. Die Häftlinge mußten jeden Tag 6 Kilometer vom Hauptlager Auschwitz zur I.G.-Bauteile marschieren, Ermüdung, Krankheit, Unterernährung senkten die Arbeitsproduktivität. Technische Probleme und die Verzögerung gegenüber dem Plan trieben die Kosten in die Höhe, die Investitionen beliefen sich auf 1 Milliarde Reichsmark, die sich nicht verwertete. Die I.G. reagierte schnell mit einer I.G.-typischen unkonventionellen Lösung: die I.G. richtete 1942 ein eigenes Konzentrationslager ein. Die dafür nötigen Investitionen wurden mit 5 Millionen Mark beziffert, eine kleine Summe im Vergleich mit der brachliegenden Milliarde. Wegen der Höhe der Investition durfte es keinen Fehlschlag geben, das private Konzentrationslager Monowitz schien kostengünstiger, die Kontrolle über die Häftlinge direkter, die Disziplinierung effizienter. Die I.G. war für Unterbringung, Verpflegung und Gesundheit der Häftlinge zuständig, die SS übernahm Bewachung, Bestrafung und Nachschub der Häftlinge. Über dem Eingang stand das Auschwitz-Motto: "Arbeit macht frei". Fritz Sauckel, der Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz, formulierte die Anweisung für die Behandlung der Arbeitskräfte: "Alle diese Menschen müssen so ernährt, untergebracht und behandelt werden, daß sie bei denkbar sparsamsten Einsatz die größtmöglichste Leistung« hervorbringen"⁸. In ihrem Konzentrationslager erließ die I.G. die Anordnung, daß nicht mehr als fünf Prozent der Lagerinsassen krank sein durften, wer länger als 14 Tage krank, d.h. nicht arbeitsfähig war, wurde als unheilbar eingestuft. Die Verpflegung war so kalkuliert, daß die Häftlinge nach 3 Monaten an Auszehrung starben. Ein ausgeklügeltes Strafsystem und die Drohung mit der Liquidierung in Birkenau sollten die Häftlinge zu maximalem Arbeitseinsatz zwingen. Diejenigen I.G.-Vorständler, die grundsätzlich von der effizienten Verwertung der Arbeitskräfte ausgehend den besonderen Bedingungen von Auschwitz die effiziente Verwertung jüdischer KZ-Häftlinge anpaßten (und dies gerade auch im Konflikt mit der SS!), waren dieselben, die nicht einsahen,

fähige und effiziente Mitarbeiter wegen der NS-Rassengesetze zu verlieren, und deshalb einiges daran setzten, jüdische Chemiker-Kollegen, insbesondere auf der Direktorenebene, vor den Nazis in Sicherheit zu bringen. Diese "Kritik" der I.G. an den Nazis hatte und hat Konjunktur: Heute beklagt man die damalige Vertreibung vieler Wissenschaftler als einen für Deutschland nie wieder gutzumachenden Verlust. Auf jene Vertreibung führt ein Vorstandsmitglied von Hoechst den "deutschen Rückstand" in der Biotechnologie zurück.

1943 schrieb I.G.-Vorstandsmitglied Krauch an Himmler, er habe mit Freuden gehört, daß Himmler eine weitere Chemiefabrik nach dem Muster Auschwitz unterstützen wolle, die die I.G. zur Sicherung der Versorgung mit Buna für notwendig hielt. Für ein anderes bereits bestehendes I.G.-Werk (I.G.-Heydebreck) empfahl Krauch, ein firmeneigenes KZ zu errichten, um den Arbeitskräftemangel zu beheben.

Auch an der Massenvernichtung durch die SS war die I.G. beteiligt. Anfangs arbeitete die SS mit Lastwagen, deren Auspuffgase man in das Wageninnere leitete. Es folgten eigens errichtete Gaskammern und die Verwendung von Kohlenmonoxid.

i>

-.***

Für das planmäßige und industrielle Morden war das nicht effizient genug. Eine von der I.G. kontrollierte Firma - die Degesch (Deutsche Gesellschaft für Schädlingsbekämpfung) - lieferte dann das berüchtigte Zyklon B. Die Degesch machte ein glänzendes Geschäft mit der SS, die I.G. erzielte aus ihren Einlagen bei der Degesch einen verdoppelten Dividendenertrag.

I.G.-Chemiker hatten Nervengase (Tabun, Sarin, Soman) entwickelt, die unvergleichlich gefährlicher waren als die Kampfstoffe des 1. Weltkriegs. Sie wurden an jüdischen Häftlingen ausprobiert. Hitler konferierte mit den I.G.-Chemikern über den Einsatz von Tabun. Die Fehleinschätzung, die Alliierten besäßen vergleichbare chemische Kampfstoffe, hielt Hitler von dem Einsatz der Nervengase ab. Aufgrund dieser Fehleinschätzung kam es nicht zu einem chemischen Hiroshima.

Der Nürnberger Prozeß gegen führende I.G.-Chemiker und Manager begann Mitte 1947. Zu diesem Zeitpunkt hatte der Kalte Krieg schon begonnen, es ging wieder gegen den neuen alten Feind im Osten - "die jüdisch-bolschewistische Weltverschwörung" resp. "das Reich des Bösen". Deshalb war es staatsnotwendig, daß nicht in toto der Einsatz der Angeklagten für Kapital und Nation verurteilt wurde, sondern lediglich Entgleisungen, die über den normalen Einsatz für Kapital und Nation hinausgingen und an deren Bestrafung die Normalität propagandistisch bestätigt werden konnte. Also wurde das "Abnorme" verurteilt, insbesondere der Beitrag der Angeklagten zu die normale Ausbeutung des "freiwilligen" Arbeiters überschreitender Zwangsarbeit und Versklavung in I.G. Auschwitz. Die ausgesprochen milden Urteile überraschen nicht; insbesondere die Prozeßposition der Verteidigung enthielt bemerkenswerte Klarstellungen: In Friedenszeiten seien die Angeklagten ganz normale Chemiker und Manager, überzeugte Antikommunisten und anständige Patrioten gewesen. Der Krieg habe sie gezwungen, ihre Aktivitäten zu verlagern, um so ihrem Vaterland zu dienen. Dies könne nicht strafbar sein. Chemiker und Manager anderer Länder hätten im Prinzip dasselbe getan: "Ersetzen Sie I.G. durch ICI für England oder DuPont für Amerika, und die Parallele wird offensichtlich". Zwar seien die nazistischen Entgleisungen nicht zu entschuldigen, aber dafür seien in erster Linie Hitler und die SS verantwortlich, die den redlichen Patriotismus ausgenutzt und irregeleitet hätten. Man müsse den Angeklagten zugute halten, daß sie in der Nazi-Propaganda einen richtigen Kern erkannten: den Antikommunismus. Wie die Angeklagten so fürchte auch jeder amerikanische Manager nichts mehr als die Verbreitung des Kommunismus. Hitlers Reden hätten die Angeklagten beeindruckt, weil durch diese Reden "sich wie ein roter Faden das Bekenntnis zum Frieden" ziehe und die "Angst vor der kommunistischen Gefahr ... Wie recht Hitler mit dieser Darlegung seiner Politik hatte ... kann durch die europäische Entwicklung der letzten Monate bewiesen werden"⁹.

Unmittelbar nach dem 2. Weltkrieg setzte General Eisenhower eine Untersuchungskommission ein, die zu folgendem Urteil kam: "Ohne die I.G. mit ihren riesigen Produktionsstätten, ihrer weitreichenden Forschung und ihrer vielfältigen technischen Erfahrung sowie ihrer umfassenden Konzentration wirtschaftlicher Macht wäre Deutschland im September 1939 nicht in der Lage gewesen, seinen Angriffskrieg zu beginnen"¹⁰. General Eisenhower schlug deshalb vor: Zerstörung aller I.G.-Anlagen, die der Rüstungsproduktion dienten, Brechung der Monopolstellung, Einbeziehung der Fabrikationsanlagen in die Reparationsgüter, Übernahme der Forschungsprogramme und -einrichtungen. Doch die Zerschlagung der I.G. wurde geschickt verzögert, der beginnende Kalte Krieg machte das westliche Deutschland zu einem Verbündeten. Zuerst dachten die Alliierten an eine Entflechtung in 47 Einzelbetriebe; die Adenauer-Regierung und die Aktionäre dagegen plädierten für die großen Drei, Bayer, Hoechst und BASF. Schließlich verordneten die Alliierten die Aufteilung auf 9 Firmen und untersagten die Teilnahme der verurteilten Kriegsverbrecher. Als 1951 die Listen der Vorstandsmitglieder und leitenden Angestellten der großen Drei veröffentlicht wurden, standen viele frühere I.G.-Leute darauf. Obwohl die I.G. als juristische Person gelöscht worden war, erhielten die alten I.G.-Aktionäre Anteile an den neuen Firmen als Entschädigung für die verlorenen. Der als Kriegsverbrecher verurteilte Friedrich Jähne wurde 1955 Vorsitzender des Aufsichtsrats in Hoechst, Fritz TerMeer, wegen Plünderung und Versklavung zu 7 Jahren Gefängnis verurteilt, wurde 1956 Aufsichtsratsvorsitzender von Bayer. Heinrich Bütetisch, der 1942 zusammen mit Himmler Auschwitz inspiziert hatte, dann Direktor der Öl-Abteilung von I.G.-Auschwitz war, 1948 verurteilt zu 6 Jahren, vorzeitig entlassen, um leitende Positionen in der Chemischen Industrie einzunehmen, bekam dafür 1964 das "Große Verdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland". Nach öffentlichen Protesten mußte die Verleihung zurückgezogen werden.

Bundesrepublikanische Vergangenheitsbewältigung geht in der Regel so: Von sich aus hätten Chemie und die Chemiker (und an diese Stelle kann man alles einsetzen, was Deutschen teuer ist: den Sport, das Kino, die Wehrmacht, das patriotische Fühlen) nichts zum Nationalsozialismus beigetragen, "Ambivalenz" und "Gratwanderung" seien dem unglücklichen Umstand eines abnormen Führers und einer verbrecherischen SS zuzuschreiben. Jene unselige Verstrickung habe mit 1945 aufgehört. Solcherart Vergangenheitsbewältigung zehrt zuallererst von der trügerischen Erleichterung, das Schlimmste sei vorbei. Der Faschismus kann nicht wesentlich aus den subjektiven Dispositionen des Führers wie derer, die ihm folgten, abgeleitet werden. Die objektiven Voraussetzungen, die den Faschismus hervorbrachten, bestehen fort. Nach wie vor müssen die Subjekte, wenn sie leben wollen, ihre autonome Subjektivität durchstreichen. Die dadurch produzierte Wut richtet sich nach wie vor nicht gegen die Ursache der Unterdrückung, sondern äußert sich qua Identifikationsmechanismus in einem ungebrochenen Nationalismus, der durch die Kulturindustrie den Menschen auch noch eingebleut und in der Konkurrenz der Parteien um die beste Vertretung deutscher Interessen demokratisch abgewickelt wird.

Die Unterordnung unter die Zwecke von Kapital und Staat hat den intelligiblen Charakter der Naturwissenschaftler, die Voraussetzung ihrer möglichen Freiheit, ruiniert. Für fast alle Chemiker - und darin unterscheiden sie sich wesentlich von Physikern, Mathematikern, Biologen - ist die Orientierung auf einen Industriezweig, die Chemische Industrie, und damit auf die I.G.Farben - Nachfolger notwendige Voraussetzung dafür, daß sie überhaupt als Chemiker arbeiten können. Die Geschichte der I.G.Farben demonstriert, wohin die Anpassung der Chemiker an die ihnen gesetzten Zwecke führt. Wegen des ruinierten intelligiblen Charakters sind die Chemiker nicht in der Lage, die politische Konsequenz aus dem Wissen um diese Geschichte zu ziehen. Deshalb greift ein psychologischer Abwehrmechanismus, der gegen die politische Kritik immunisiert, welche auf das

Fortbestehen der objektiven Voraussetzungen des Faschismus hinweist, und der so die Fortsetzung der wissenschaftlichen Tätigkeit für die Chemische Industrie schützt: Die I.G.Farben ist die Leiche im Keller des Bewußtseins der Chemiker.

Nachweise

- ¹ M. Horkheimer, Die Juden in Europa, in: M. Horkheimer, Kritische Theorie der Gesellschaft Bd. III, 1968, o.O., S. 2
- ² A. Mittasch, Salpetersäure aus Ammoniak, Weinheim 1953, S. 110
- ³ C. Duisburg, Brief v. 03.03.1915, BA Koblenz, zit. nach: J. Borkin, Die unheilige Allianz der I.G.Farben, Frankfurt 1981, S. 23
- ⁴ F. TerMeer, Die I.G. Ihre Entstehung, Entwicklung und Bedeutung, Chem. Ind. 4 (1952), S. 795
- ⁵ vgl. J.G. Fichte, Über die Bestimmung des Gelehrten, in: Fichtes Werke, hrsg. v. J.H. Fichte, Bd. VI, Berlin 1971, S. 328
- ⁶ C. Bosch, zit. nach J. Borkin, a.a.O., S. 57
- ⁷ Urteilsbegründung im Nürnberger I.G.Farben-Prozeß vom 29./30. Juli 1948, zit. nach: J. Borkin, a.a.O., S. 219
- ⁸ F. Sauckel, 20. April 1942, zit. nach: Das Urteil im I.G.Farben-Prozeß, Offenbach 1948, S. 114
- ⁹ Plädoyer für Carl Krauch, in: Trials of War Criminals before the Nürnberg Military Tribunals, Under Control Council No. 10, US Government Printing Office, 1953, zit. nach: J. Borkin, a.a.O., S. 136
- ¹⁰ Office of Military Government for Germany, United States U.S. Group Control Council - Finance Division, Ermittlungen gegen die I.G.Farbenindustrie AG, September 1945, übersetzt und bearbeitet von der Dokumentationsstelle zur NS-Sozialpolitik Hamburg, Nördlingen 1986, S. 15

Literatur

- W. Birkenfeld, Der synthetische Treibstoff 1933 - 1945, Göttingen 1964
- J. Borkin, Die unheilige Allianz der I.G.Farben, Frankfurt 1981
- A.R.L. Gurland, Technologische Entwicklung und Wirtschaftsstruktur im Nationalsozialismus, zuerst engl. erschienen 1941, in: Horkheimer u.a., Wirtschaft, Recht und Staat im Nationalsozialismus, Frankfurt 1981
- Marxistische Gruppe, Die Nationalsozialistische Herrschaft, München 1983.
- Neumann, Behemoth, zuerst engl. erschienen 1942, Frankfurt 1977
- H. Radandt, Fall 6 - Ausgewählte Dokumente und Urteil des I.G.Farben-Prozesses, Berlin 1970
- R. Sasuly I.G.Farben, Berlin 1952
- F. Welsch, Geschichte der Chemischen Industrie, Berlin 1981

Anhang

Der voranstehende Text ist ein Vortrag aus dem Jahre 1985. Er erschien zusammen mit anderen Beiträgen in einer Broschüre des ASTA der Carl von Ossietzky Universität mit dem Titel "Chemiker kämpfen für Deutschland. Chemie und Nationalsozialismus" (Juli 1985). Da die Broschüre schnell vergriffen war, gab ich im Mai 1987 den Vortrag nochmals separat in der Form eines kleinen Heftes heraus - mit einem Vorwort, welches den universitären Zusammenhang erläutert, in dem der damalige Vortrag stand.

Vorwort zur zweiten Auflage

Äußerliche Umstände haben diese Neuauflage befördert. Vor jetzt zwei Jahren - anlässlich des 4. Jahrestages der Kapitulation des nationalsozialistischen Staates - fand eine vom Präsidenten der Universität angeregte Gedenkveranstaltung statt, die das Verhältnis der Naturwissenschaften zum Nationalsozialismus behandeln sollte. Der offizielle Vortrag folgte dem Muster bundesrepublikanischer Vergangenheitsbewältigung: An sich hätten Chemie und die Chemiker nichts zum Nationalsozialismus beigetragen, "Ambivalenz" und "Gratwanderung" der Wissenschaftler seien dem abnormen Führer und einer verbrecherischen SS zuzuschreiben, mit 1945 jedoch habe diese unselige "Verstrickung" aufgehört, und das High-Tech-Zeitalter könne nun unbeschwert von seinen Anfängen beginnen. Gegen solche Geschichtsfälschung empörten sich viele im feierlichen Saal, was die Gedenkveranstaltung an den Rand eines Eklats trieb.

Daraufhin lud der ASTA zu einer Gegenveranstaltung ein, in der die Kritik in Vorträgen (darunter der hier neu aufgelegte) und Diskussion belegt wurde: "Solcherart Vergangenheitsbewältigung (die übliche heutiger Chemiker, denen nichts an der Kontinuität von der I.G.Farben zu ihren Nachfolge-Organisationen Bayer, Hoechst und BASF auffällt) zehrt zuallererst von der trügerischen Erleichterung, das Schlimmste sei vorbei. Der Faschismus kann nicht wesentlich aus den subjektiven Dispositionen des Führers wie derer, die ihm folgten, abgeleitet werden. Die objektiven Voraussetzungen, die den Faschismus hervorbrachten, bestehen fort." Im Juli 1985 gab der ASTA eine Broschüre heraus, in der der offizielle Vortrag (dessen Autor Prof. Dr. Köll mit einer Veröffentlichung nicht einverstanden war) und die kritischen Vorträge der ASTA-Veranstaltung gegenübergestellt waren und die jetzt vergriffen ist.

Mein damaliger Vortrag und der Wissenschaftsbetrieb dieser Universität, so zeigten es die vergangenen zwei Jahre, verhalten sich wie Feuer und Wasser. Der Fachbereich Chemie wollte einerseits auf keinen Fall mit dem Vortrag in einen auch nur entfernten Zusammenhang gestellt werden, um zugleich andererseits Sätze des Vortrags auf Punkt und Komma zu bestätigen (wie z.B.: "Auf die Reflexion der Bedingungen ihrer Wissenschaft, auf die Kritik der Unterordnung wissenschaftlicher Arbeit unter die Zwecke von Kapital und Staat reagieren Chemiker im Vergleich zu anderen Naturwissenschaftlern besonders allergisch und oft damit, auf den Kritiker loszugehen. Jene Unterordnung unter die Zwecke von Kapital und Staat, der auch heute Chemiker notwendig ausgeliefert sind, erweist sich wegen der besonderen Vergangenheit der Chemischen Industrie als hochempfindlicher Punkt.") Und die hier noch einmal wiederholte Schlußpassage ("Die Unterordnung unter die Zwecke von Kapital und Staat hat den intelligiblen Charakter der Naturwissenschaftler, die Voraussetzung ihrer möglichen Freiheit, ruiniert. Für fast alle Chemiker - und darin unterscheiden sie sich wesentlich

III

von Physikern, Mathematikern, Biologen - ist die Orientierung auf einen Industriezweig, die Chemische Industrie, und damit auf die I.G.Farben-Nachfolger notwendige Voraussetzung dafür, daß sie überhaupt als Chemiker arbeiten können. Die Geschichte der I.G.Farben demonstriert, wohin die Anpassung der Chemiker an die ihnen gesetzten Zwecke führt. Wegen des ruinierten intelligiblen Charakters sind die Chemiker nicht in der Lage, die politische Konsequenz aus dem Wissen um diese Geschichte zu ziehen. Deshalb greift ein psychologischer Abwehrmechanismus, der gegen die politische Kritik immunisiert, welche auf das Fortbestehen der objektiven Voraussetzungen des Faschismus hinweist, und der so die Fortsetzung der wissenschaftlichen Tätigkeit für die Chemische Industrie schützt: Die I.G.Farben ist die Leiche im Keller des Bewußtseins der Chemiker.") konnte ihre Wahrheit unmittelbar demonstrieren und hatte gar die Macht, semesterlang die Herausgabe eines kommentierten Verzeichnisses zu verhindern, weil Chemie-Professoren mit ihren Kommentaren zu ganz anderen Veranstaltungen nicht in demselben Heft zusammen mit solchen Sätzen stehen können. Die in dem Vortrag historisch erläuterte Diagnose - die Unterordnung der Wissenschaft unter die Zwecke von Kapital und Staat hat den intelligiblen Charakter der Naturwissenschaftler ruiniert - wurde an den (vermeintlich unabhängigen) Universitätswissenschaftlern bestätigt - durch sie selbst.

Die angeblich für Oldenburger Wissenschaftler offen stehenden "Universitätsreden" verweigerten - nicht ohne Eiertanz - den Abdruck, und kürzlich wehrten die universitären Chemiker sich mit Händen und formalen Fußangeln dagegen, daß ein Hinweis auf diesen Vortrag im Forschungsbericht dieser Universität erscheint - wohl aus Rücksicht auf die I.G.Farben-Nachfolger und weil es schwer fällt, der eigenen intellektuellen Depravation ins Gesicht zu schauen.

Was also ist an diesem Vortrag, das derartige Turbulenzen erzeugt - im Gegensatz zu vielen Papers im Wissenschaftsbetrieb, der ja nicht unfähig ist, auf den ersten Blick Ungewöhnliches zur allgemeinen Vergleichgültigung kleinzumahlen? In den 20er und 30er Jahren war die (deutsche) Hochdruck-Chemie "High-Tech" oder

"Zukunftstechnologie". Der Zusammenhang von damaliger Technologie-Politik und ihrem Resultat ist offenkundig - mit Leuna-Benzin und auf Buna-Reifen blitzkriegten die deutschen Truppen durch Europa. Wird nun an der Hochdruck-Chemie gezeigt, was systematisch das Verhältnis von Staat, Kapital und technologischer Entwicklung bestimmt, und wird gezeigt, daß der nationalsozialistische Staat weniger eine spezifisch nazistische, sondern vielmehr die damals konsequenteste Technologie-Politik machte, dann springen Analogien zur heutigen Technologie-Politik ins Auge. Daß der Wissenschaftsbetrieb dieses Manuskript als unverdaulich ausspiew, liegt demnach nicht primär daran, daß die Analyse der Vergangenheit nicht zugelassen werden würde, sondern daran, daß am Modell des Verhältnisses von NS-Staat und I.G.Farben heutige Technologie-Politik wiedererkannt wird und daß angesichts der (fortschreitenden) immanenten Transformation der Naturwissenschaften in Technologie Naturwissenschaftler, die heute Technologen sind, empfindlich auf den historischen Hinweis reagieren, wozu ihre Vorgänger fähig waren: High-Tech in I.G.Auschwitz. Der dann aufleuchtende Schrecken ob der Ohnmacht gegenüber ihrer Funktionalisierung für die Zwecke von Staat und Kapital schlägt um in die Wut gegen den Kritiker, der das ausspricht.

Oldenburg, im Mai 1987.